

## Zahltag. Zwang und Widerstand: Erwerbslose in Hartz IV.

*„Die Proteste gegen Hartz IV haben die Verhinderung der Gesetze nicht erreicht, waren aber keineswegs erfolglos. Seitdem steht das Thema Repression und Erniedrigung von Erwerblosen vermehrt auf der Tagesordnung. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf dem fortdauernden Widerstand der Betroffenen. Die Palette reicht von den vermehrten Klagen vor den Sozialgerichten bis zu Widerstandsformen - wie den Aktion Zahltag – und die solidarische Begleitung von Erwerbslosen. Der Band wendet sich an Leser\_innen, die angesichts der Bedrohung durch Hartz IV nach einer Orientierung suchen. Vermittelt wird ein erster guter Überblick über das Thema...“* Buch von Peter Nowak (ISBN: 978-3-89771-103-7, 7.80 Euro) im Unrast Verlag. Siehe dazu:



a) Bestellseite beim Verlag  
<http://www.unrast-verlag.de/unrast,2,324,7.html>

b) Von den Montagsdemonstrationen zum Agenturschluss

Artikel von Peter Nowak (Kapitel 1) als Leseauszug aus "Zahltag" bei infopartisan  
<http://www.trend.infopartisan.net/trd1109/t011109.html>

c) Kettenhunde des Jobcenters. Das Geschäft mit den Erwerbslosen am Beispiel der Berliner Beschäftigungsindustrie

Artikel von Holger Marcks als exklusive Leseprobe aus "Zahltag" im LabourNet Germany:

-----

### **Kettenhunde des Jobcenters**

#### **Das Geschäft mit den Erwerbslosen am Beispiel der Berliner Beschäftigungsindustrie**

Ein paar Jahre ist es her, da ging ein Aufschrei durch Deutschland. Landauf, landab kam es zu Protesten gegen die Agenda 2010. Auch die radikale Linke hatte Hartz IV und den Ein-Euro-Jobs den Kampf angesagt. Heute ist die Agenda 2010 – von vielen als „Umverteilung von unten nach oben“ bezeichnet – Alltag. Was es bedeutet, als Erwerbslose/r unter Hartz IV zu fallen, ist in unzähligen Publikationen bereits dargestellt worden. Doch das Hartz-IV-System ist mehr als nur ein Regiment der angezogenen Zügel und ein Werkzeug des Sozialabbaus. Dahinter verbirgt sich auch ein Geschäft, eine regelrechte Industrie, die mit der Existenz von Erwerblosen hantiert. Vollkommen neu ist das nicht. Die Hans-Böckler-Stiftung hatte bereits in den 1990ern darauf hingewiesen, dass sich mit dem ABM-Bereich ein neuer, grauer Markt auftue. Mit den Hartz IV-Gesetzen und v.a. der Einführung der sog. Ein-Euro-Jobs (MAE) hatte sich dieser Trend jedoch massiv verstärkt.

## „Träger-Mafia“

Die Investitionen in diesen Sektor sind immens. Fast 600 Mio. € standen den zwölf Berliner Jobcentern 2008 zur Verfügung; 440,9 Mio. davon entfielen auf ABM, MAE, Qualifizierung und Beschäftigungszuschüsse. Allein das Jobcenter Mitte verwendete 72% seiner Mittel nur für ABM und MAE. Hinzu kamen weitere Unsummen aus Landes- und EU-Geldern, mit denen Projekte über drei Serviceunternehmen ko-finanziert wurden. Diese Serviceunternehmen (GSub, SPI Consult und ZiZ) sind in der Comovis GbR vereinigt und arbeiten im Auftrag des Senats als Treuhänder in Sachen Beschäftigungsförderung. 61,2 Mio. € aus EU- und Landesgeldern verteilte sie 2008 allein für ABM- und ÖBS-Projekte. Für MAE – die den Löwenanteil ausmachen dürften – liegen keine Zahlen vor. Seit 1991 hat allein die SPI Consult 800 Mio. € weitergeleitet; jährlich ko-finanziert sie 1.500 Projekte. Was die Comovis-Unternehmen für diese Dienstleistung vom Senat erhalten, gibt der Senat nicht bekannt, da es sich um einen privatrechtlichen Vertrag handele, obwohl auch dies aus öffentlichen Geldern bezahlt wird.

In Berlin gibt es knapp 60 größere und 450 kleinere Träger. Ca. 37.000 Menschen befinden sich monatlich in einer Maßnahme, vorwiegend in MAE (April 09: 33.300). Für jeden „betreuten“ Erwerbslosen erhalten die Träger u.a. Fallpauschalen von 200-500 € monatlich. Insbes. die MAE, die seit ihrer Einführung zunehmend die kostenintensiveren ABM verdrängen, eignen sich dazu, schnell viele Erwerbslose unterzubringen. Wo größere Träger z.B. Projekte für Gruppen von 50-100 Leuten auflegen, die wenig Aufwand erfordern (Beispiel: „Spielplatzkümmerer“), wird es für sie einträglich.

Der Berliner Verdi-Bezirkserwerbslosenausschuss deckte bereits 2007 auf, wie sich Unternehmen aus der Normalwirtschaft durch eigens gegründete Tochtergesellschaften oder durch Erweiterung ihrer Gesellschaftsverträge als Träger qualifizieren, um auf diesem Markt tätig zu werden, nicht selten, um Finanzspritzen für das Stammgeschäft abzugreifen. Zusammen mit anderen, darunter regelrechten Sozialkonzernen, ringen sie um die Aufträge durch die Jobcenter. Bernd Wagner, Stellvertretender Vorsitzender jenes Verdi-Gremiums spricht sogar spöttisch von einer „Träger-Mafia“. Seines Erachtens „haben in manchen Jobcentern die Trägervertretungen aus den Bezirksämtern das Sagen“. Kenner der Branche meinten gar, dass der Sturz der Geschäftsführung des Jobcenters in Mitte Ende 2008 mit der Einflussnahme des größten Berliner Trägers, Goldnetz (bis zu 3.000 Maßnahmen), zu tun hat, der sich bei der Vergabe von Aufträgen übergeben sah.

In der Tat fällt die Beschäftigungspolitik der einzelnen Jobcenter höchst unterschiedlich aus, befinden sich doch in manchen Bezirken überproportional viele Erwerbslose in Projekten. In

Reinickendorf befindet sich bspw. fast jeder zehnte Erwerbslose in einer ABM, in Lichtenberg dagegen nur jeder 145ste. Glaubt man Wagner, so gäbe es in verschiedenen Jobcentern Beiräte, in denen die Begünstigten solcher Aufträge selbst sitzen und die Projekte einfach abnicken würden. Genaue Zahlen und Auftragslisten der einzelnen Jobcenter zu erhalten, erweist sich als schier unmöglich. Die Verschwiegenheit gehört zum Programm der eigenwilligen Jobcenter. Hinzu kommen die Interessenvertretungen der Träger, die ihren Einfluss z.B. in bezirkspolitischen Gremien geltend machen.

### **Gegängelt und entrechtet**

Die Situation der Erwerbslosen in der Beschäftigungsindustrie weist äußerst skurrile Züge auf. Betroffene berichten regelmäßig von sinnlosen Beschäftigungstherapien, Tätigkeiten also, die die Träger wenig kosten und so ein Projekt für sie rentabel machen. Dazu gehören simple Aufräumarbeiten ebenso wie die Herstellung unnützer Konstruktionen. So berichteten Betroffene z.B., dass sie ihm Rahmen eines „Trockenbau“-Seminars Pappmaché-Wände aufziehen und anschließend wieder einreißen mussten. Oli W. wiederum musste in einer ABM „Insektenhotels“ bauen, die gegen Spende abgegeben wurden. Das Holzmaterial musste er sich meist selbst im Wald zusammensuchen. Nicht selten werden Erwerbslose überhaupt nicht beschäftigt. Andreas K., der ein halbes Jahr in einer ABM in Kreuzberg war, berichtet wie viele andere auch, dass er „sich selbst Sachen mitbringen musste“, wenn er Beschäftigung haben wollte.

Auch Fälle von weitergehendem Missbrauch sind bekannt, Fälle, in denen z.B. Erwerbslose als Arbeitskräfte bei befreundeten Vereinen des Trägers oder als Nachhilfelehrer eingesetzt wurden. Der Tätigkeitsbericht für das Jobcenter wird in solchen Fällen häufig erdichtet, damit es sich mit dem offiziellen Auftrag deckt. Des Weiteren wäre noch die Reproduktion des Hartz-IV-Apparates zu nennen: Vor allem akademische Erwerbslose müssen z.B. in Schreibwerkstätten andere Erwerbslose unterstützen, um mit der Jobcenter-Bürokratie fertig zu werden.

Dennoch werden Missstände selten offiziell gemeldet. Viele haben Angst vor Repressalien – das nicht ohne Grund. Da es sich i.d.R. um kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts handelt, werden sie in einen Zustand der Rechtlosigkeit versetzt. Zudem sind die sozialrechtlichen Wege in der Jobcenter-Bürokratie äußerst infam, insbesondere nachdem Anfang 2009 die Widerspruchsmöglichkeiten für Erwerbslose eingeschränkt wurden. Häufig sind die Träger diejenigen, die für das Jobcenter den willkommenen Vorwand für eine Leistungskürzung liefern. Für letztere zählt allein der Befund des Trägers; dieser wiederum ist

arbeitsrechtlich kaum fassbar. Die syndikalistische FAU Berlin, die im Bereich der Beschäftigungsindustrie aktiv ist, hat die Funktion der Träger in diesem Komplex klar benannt: sie sind „Ketten- und Meldehunde des Jobcenters.“

Viele Erwerbslose finden sich so bei Protest eingeklemt zwischen den Trägern und den Behörden. So z.B. schon genannter Oli W., der Ende 2008 aus seiner ABM bei der ZIM gGmbH gekündigt wurde, u.a. weil er sich über das gefährliche und ungeeignete Arbeitswerkzeug beschwert und seinen Mund wegen rassistischer Äußerungen eines Kollegen aufgemacht hatte. Das Jobcenter Reinickendorf kürzte ihm deshalb die ALG-II-Bezüge, war doch die offizielle Begründung des Trägers, er sei arbeitsfaul und aggressiv. Seine Gewerkschaft, die FAU Berlin, versuchte diese Zwickmühle zu durchbrechen, indem sie direkt vom verantwortlichen Träger eine Kompensation der Leistungskürzung forderte. Aus verschiedenen Gründen war dieses Unterfangen bis heute nicht erfolgreich, dennoch ist dieser direkte Ansatz, der „Träger-Mafia“ eigene Eintreibungsmethoden entgegenzusetzen, einer, der Schule machen könnte.

### **Augen zu und weiter so**

2008 waren schätzungsweise 12.000 Erwerbslose in Berlin von Leistungskürzungen betroffen. Wie viele davon auf angebliche Verfehlungen im Beschäftigungskontext zurückzuführen sind, kann oder will die Bundesagentur nicht aufschlüsseln. Sicher aber ist, dass es im Jobcenter-Apparat kaum einen gangbaren Weg gibt, dass solche Kürzungen rückgängig gemacht werden, wenn der jeweilige Träger erwiesenermaßen nicht ordnungsgemäß gearbeitet hat – was ja eigentlich die betroffene Person entlasten würde.

Laut Bundesagentur wurden 2008 in der Region Berlin-Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen (BB/SAT) 400 Vertragsstörungen durch nicht ordnungsgemäß arbeitende Träger sanktioniert. Obwohl der Sanktionskatalog der Agentur z.T. drastische Konsequenzen wie Schadensersatz und Strafanträge vorsieht, bleibt es i.d.R. bei symbolischen und halbherzigen Maßnahmen, um den „Mittelabfluss“ nicht zu unterbrechen. Die Jobcenter belassen es häufig bei Mahnungen; Rückforderungen kommen selten vor, von einer schwarzen Liste unseriöser Träger ist nichts bekannt.

Auch in der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales sieht man das nicht so eng. Im Ressort Beschäftigungsförderung meint man gar, die Jobcenter würden noch zu wenig Rücksicht auf die Träger nehmen. Diese stünden unter einem hohen Druck, nicht auszubluten und in der Konkurrenz um die Auftragsvergabe zu bestehen. Auch die Interessenvertretungen der Träger nehmen zur Kenntnis, dass es schwarze Schafe in der Branche gebe, halten die bestehenden

Kontrollinstrumente jedoch für ausreichend. Missstände bei der Klientel werden gelegentlich „intern thematisiert“. Ansonsten sehen sich die Vertretungen, wie z.B. der größte deutsche Verband, die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit (ca. 450 Träger), nicht in der Verantwortung. Auch der DGB und der Paritätische Wohlfahrtsverband arbeiten unterstützend mit diesen Gesellschaften und Verbänden zusammen, ohne ihren Einfluss zur Beseitigung der Missstände geltend zu machen. Der Paritätische teilte der FAU Berlin gar schriftlich mit, dass er solche Missstände ausschließlich dem Verantwortungsbereich der jeweiligen Träger zurechnet.

### **Verteilen ja – nur nicht an die Armen**

Dass mit dieser Beschäftigungspolitik die Arbeitslosenstatistiken geschönt werden, ist ein offenes Geheimnis. Schwer wiegt aber vor allem die Tatsache, dass Erwerbslose über die Beschäftigungsindustrie effizient kontrolliert und gefügig gemacht werden. Sie sind doppelten Schikanen (durch Jobcenter und Träger) unterworfen und befinden sich in einer Grauzone, in der die Verantwortlichkeiten verschwimmen.

Es ist schwer einzuschätzen, wie viele Träger tatsächlich an der Misere der Erwerbslosen verdienen – mehr oder minder. Sicher aber ist, dass sie Unsummen an öffentlichen Geldern verschlingen – und das, obwohl auch das behauptete Ziel der „Wiedereingliederung“ kaum erfüllt wird. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden z.B. MAEler im Schnitt später in Arbeit vermittelt als andere Langzeitarbeitslose, ein Sachverhalt, der auch in einem Prüfbericht des Bundesrechnungshofes 2008 festgehalten wurde. Apologeten dieses Systems lavieren deshalb, dass immerhin eine „soziale Stabilisierung“ der Erwerbslosen bezweckt werde.

Manch einer mag das als zynisch empfinden. Denn sozial instabil sind viele Erwerbslose häufig wegen ihrer prekären Finanzlage. Es ist äußerst bezeichnend, dass die 200.000 Berliner Langzeitarbeitslosen jeweils 2.500 € mehr im Jahr hätten, wenn ihnen die Beschäftigungsgelder direkt zugute kommen würden. So aber unterhält sich eine graue Branche allein von öffentlichen Geldern und verkommt zu großen Teilen zum Selbstzweck. Auch das kann als eine Form der Umverteilung angesehen werden.

Holger Marcks

**Holger Marcks** (Berlin, geb. 1981): Studium der Soziologie, Geschichte und Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin; daneben tätig als Autor und Journalist.

Mitglied des Allgemeinen Syndikats der FAU Berlin, seit 2005 Redaktionsmitglied der *Direkten Aktion*. Mitherausgeber von: *Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf*, Münster 2008.